



POLITIK / REDAKTION

Koreakonflikt - Willkür und Beliebigkeit ...

(SB) - Leider hat die Entlassung von John Bolton als Nationaler Sicherheitsberater im September nicht zu der erhofften Verbesserung der Beziehungen zwischen Nordkorea und den USA geführt. Bekanntlich hatte George W. Bushs früherer UN-Botschafter Bolton mit der Forderung nach einer vollständigen Trennung Nordkoreas von allen seinen atomaren, biologischen und chemischen Waffen samt der dazugehörigen Technologie als kategorische Grundbedingung für die Lockerung von UN-Handels-sanktionen den frühzeitigen Abbruch des mit großen Friedenshoffnungen inszenierten ... (S. 12)

UMWELT / REDAKTION

Land unter - Flucht-desaster ...

(SB) - Die bisherigen Berechnungen zum globalen Meeresspiegelanstieg sind viel zu konservativ. Bis 2050 werden voraussichtlich 300 Millionen Menschen ihre Heimat verlieren, weil diese vom Meer überschwemmt wird. Allein dieser Klimateffekt, der nur einer von vielen ist, die in den nächsten Jahren zeitgleich eintreten, wird insbesondere in Südostasien Flüchtlingsströme riesigen Ausmaßes und in Folge ... (S. 15)

poonal - Pressedienst lateinamerikanischer Nachrichtenagenturen

Spanien

Rita Segato: "Machtausübung durch Gewalt ist Zeichen von Schwäche"



Rita Segato
Foto: AnRed

Rita Laura Segato, Schriftstellerin, Anthropologin und feministische Aktivistin, wurde 1951 in Argentinien geboren und lebt heute in Brasilia. Lionel S. Delgado sprach mit ihr über Feminismus und Patriarchat.

(Santander, 27. Oktober 2019, ANRed.org) - Wir schlendern gemeinsam durch Santander. Rita lädt mich auf ein Eis ein. Gutes Eis erkenne man daran, dass es schnell schmilzt, erklärt sie

uns: weniger Wasser und Konservierungsstoffe, dafür cremigere Konsistenz. Alles an ihr sorgt dafür, dass auch die Distanz zwischen uns schmilzt: ihr Akzent, ihr Blick und was sie sagt. Mein Kollege Sergio macht für sie einen kleinen Stadtrundgang und erzählt ihr von dem Großbrand 1941, der weite Teile der Stadt beschädigte. Spekulationsgedanken und die Klasseninteressen prägten den Wiederaufbau. Rita ist die ganze Zeit neugierig-interessiert, hört aufmerksam zu und ist immer wieder erstaunt.

Der Grund ihrer Reise nach Santander ist ihre Lehrveranstaltung zu Diskriminierung und Gewalt an der Universidad Menéndez Pelayo. Ich habe sehr gern daran teilgenommen. Ihre Lehrveranstaltungen brodeln nur so vor Ideen, Konzepten und Bildern. Als gute Anthropologin hat sie für alles Beispiele parat: Besitzkulte, Initiationsrituale, klassische Mythen, Kunst, Politik, Krieg. Ihre Ideen sind massiv und treffen wie gut platzierte Schläge.

*

Du sagst, deine Arbeit sei eigentlich eine Studie über Männlichkeit. Vergewaltigung war in deinen Untersuchungen schon immer ein zentrales Thema. Welche Beziehung besteht zwischen Männlichkeit und Vergewaltigung?

Ich glaube, dass dem Tatbestand der Vergewaltigung ein Grundmuster der herrschenden patriarchalen Ordnung innewohnt. Vergewaltigung ist kein Verbrechen

wie jedes andere. Das Bild des Mannes als hungriger Wolf, der aus mangelnder Selbstkontrolle zum Vergewaltiger wird, oder als Dieb, der Sex bei einer Frau stiehlt, trifft nicht wirklich zu. Vergewaltigung sollte nicht als sexuelles Verbrechen betrachtet werden, sondern als eines mit einer Botschaft, das sich des Sexuellen bedient, um diese zu vermitteln. Genau gesagt sind es zwei Botschaften: Eine richtet sich an die Frau und die andere an die übrigen Männer.

An die Frau gerichtet, ist es eine moralische Unterweisung: Seit Anbeginn der Zeit steht die Frau in dem Verdacht, verdorben zu sein; Vergewaltigung ist die Strafe für ihren Ungehorsam. Gegenüber anderen Männern liegt in der Vergewaltigung der Beweis der eigenen Potenz. Männlichkeit braucht die Bestätigung der männlichen Dialogpartner, um zu existieren, und dafür muss sie zur Schau gestellt werden. Der Fall La Manada [eine Gruppenvergewal-

tigung während eines Volksfests in Pamplona. Die fünf jungen Männer bezeichneten sich selbst als La Manada, das Rudel. Anm. d. Übers.] ist sozusagen das Paradigma des männlichen Dialogs. Die Gruppenhandlung folgt der patriarchalen Ordnung, die bestimmt, dass nun ein Opfer gefunden werden muss, durch das die Angreifer ihre Männlichkeit konstruieren können. In der Vergewaltigung erweist sich die Männlichkeit jedoch als schwach, denn sie konstituiert sich für die anderen Männer als gewaltvolle Darstellung von Macht. Es ist ein verzweifelter Ringen um Anerkennung. Im Fall La Manada tritt das ganz deutlich zutage. Deshalb filmen sie sich, deshalb leiten sie untereinander die Videos weiter.

Protestkundgebung nach dem milden Urteilsspruch für "La Manada" am 10. Mai 2018
Bild: Fotomovimiento via Flickr
(CC BY-NC-ND 2.0)
<https://creativecommons.org/licenses/by/2.0/>



Es ist ein narzisstisches männliches Vergnügen, das die Beteiligten wie die Mitglieder einer Gilde eint. Und wer dazugehören will, muss sich in den Augen der Anderen erst seinen Titel verdienen.

Nach dem Fall La Manada gab es in Spanien 135 weitere Fälle von Gruppenvergewaltigungen, 43 allein in diesem Jahr. Welche Erklärungen gibt es für diese Epidemie?

Ich mag das Wort Epidemie in diesem Zusammenhang nicht. Eine Epidemie verläuft automatisch, und das trifft hier nicht zu. Ich bevorzuge den Begriff der Mimesis. Die Frage ist: Warum übt eine Gruppenvergewaltigung diesen mimetischen Effekt aus? Vergewaltigung baut auf einer Struktur auf, die vervielfältigt werden kann. Der Fall La Manada vervielfältigt sich, denn neben aller Kritik und Verurteilung funktioniert er doch in Form einer als Show inszenierten Demonstration von Macht, und die steht für Männlichkeit, insbesondere in den Augen der Jüngerer, die bisher ihre eigene Macht, ihre Überlegenheit über das Leben noch nicht unter Beweis stellen konnten. Das Nachahmenswerte liegt im Showeffekt, wobei die Machtdemonstration der Gruppenvergewaltigung als Fest der Männlichkeit zelebriert wird. Die Vergewaltiger werden in den Medien als potente Männer inszeniert, insofern ist die Wahrscheinlichkeit, dass ein Nachahmungseffekt eintritt, recht groß. Ein erheblicher Teil der Verantwortung entfällt also auf die Medien.

Und warum nehmen Gruppenvergewaltigungen gerade jetzt zu?

Die Zunahme von Vergewaltigungen hängt nicht zuletzt mit der Prekarisierung des Lebens zusammen. Der Kreis derer, die die Welt beherrschen, wird zusehends kleiner; entsprechend wird es immer schwieriger, wirtschaftliche, moralische oder intellektuelle Überlegenheit für sich zu behaupten. Die Prekarisierung wird als Entmannung empfunden: Es gibt nichts mehr, worüber Männlichkeit konstituiert werden kann. Das Mandat der Männlichkeit gebietet jedoch, dass ein Mann sich irgendetwas zu eigen machen, Herrscher über irgendetwas sein muss. Die Prekarisierung der männlichen Rolle stellt seine Macht in Frage. Also bleibt nur noch die Gewalt in Form von Krieg, Faustrecht oder Vergewaltigung, um die männliche Position zu sichern. Verbrechen wie die Gruppenvergewaltigung sind Ausdruck einer fortgeschrittenen Prekarisierung von Männlichkeit. Es ist daher höchste Zeit, dass Männer ihr Mannsein neu definieren, um nicht länger in dieser Welle von Gewalt gefangen zu bleiben.

Du gehst davon aus, dass der Mann für sich selbst undurchsichtig bleibt. Männer reflektieren ihre Männlichkeit nicht. Was bedeutet das für ihre Rolle in der Welt?

Ich habe über zehn Jahre mit Vergewaltigern gearbeitet. Dabei ist mir klargeworden, dass der Akt der Vergewaltigung oft vom Täter selbst nicht durchschaut wird. Die Mehrheit der Vergewaltiger versteht nicht, was da passiert. Dadurch ist mir klargeworden, dass Männlichkeit für sich selbst intransparent bleibt. Hinter vielen Verhaltensweisen von Männern stehen weder Reflexion noch ein

beschreibbares Bewusstsein. Um sich von der Herabwürdigung zu erholen, folgt er einem automatisierten Handlungsmuster. Von Herabwürdigung sind heutzutage alle betroffen, Männer und Frauen. Frauen empfinden sie jedoch anders. Männer müssen ihre Position wieder aufbauen, daher suchen sie nach Möglichkeiten, ihre Macht zu demonstrieren. Man muss den Männern klarmachen, dass Machtausübung durch Gewalt eine Form von Schwäche ist. Ein Mann, der auf Gewalt zurückgreift, ist schwach. Was als Machtdemonstration funktionieren soll, ist nichts anderes als die Demonstration der eigenen Ohnmacht. Meiner Erfahrung nach dringt diese Botschaft durch und wird sehr schnell verstanden, weil nämlich auch Männer intensives Leid erleben. Die Art und Weise, wie Männlichkeit konstruiert wird, muss sich ändern. Denn in dem Versuch, Macht durch Gewalt zu konstituieren, schädigt und vernichtet der Mann sich selbst. Er tötet, aber er selbst stirbt auch. Er nimmt Schaden und erreicht nie den Zustand der Zufriedenheit.

Was bleibt als Ausweg?

Ich glaube, die Geschichte der Männlichkeit ist heute geprägt von den Männern, die ihr eigenes Problem wahrnehmen und verstehen. Aber ich glaube nicht, dass nun die Männer kommen müssen, um die Frauen zu retten. Vielmehr sind es Frauen, die den Männern helfen zu verstehen, wie sehr das Mandat der Männlichkeit ihnen schadet und wie sehr es in ihrem eigenen Interesse wäre, neue Modelle von Männlichkeit zu entwickeln. Ohne Zielmodell, das heißt, ohne festgelegte Idealform,



Schweigeminute zum Gedenken an die Opfer der jüngsten Femi-zide in Madrid am 29. Mai 2017
Foto: Diario de Madrid (CC BY 4.0)
<https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/>

die erfüllt werden muss, denn diese birgt die Gefahr des Autoritären. Deshalb muss man besonderes Augenmerk auf die Allerjüngsten legen. Ich gehe in letzter Zeit viel in die weiterführenden Schulen. Viele Jungen strengen sich enorm an, um nicht zu Machos zu werden. Ich glaube, das ist ein guter Ansatz, damit sich ein neues Mandat der Männlichkeit entwickeln kann.

Das Konzept der Männlichkeit befindet sich im Umbruch. Wenn jedoch Veränderung immer auch Krise bedeutet, so kann die Reaktion sich diese Krise zunutze ma-

chen. Was denkst du über den männlichen Rückgriff auf konservative Positionen?

Ich denke, viele Männer, die sich auf konservative Positionen zurückziehen, unterstehen einer reaktionären Agenda, die sich darüber bewusst ist, dass die Demontage des Mandats der Männlichkeit und der patriarchalen Ordnung sämtliche Machtstrukturen gefährdet. Hier kommt der Faschismus ins Spiel und macht sich den Backlash zu Eigen. Per definitionem ist die Stimme der Faschisten die Stimme der Verbitterten. Es gibt verschiedene Arten der Verbitterung. Viele Menschen leiden darunter, nicht die verdiente Anerkennung oder den verdienten Respekt erhalten zu haben. Faschismus ist eine Strategie. Durch die Benennung eines gemeinsamen Feindes gelingt es ihm, eine feste Riege

Verbündeter zu schaffen. Faschismus ist eine Politik, die sich am Feind ausrichtet. Jede Politik, die auf Verbitterung aufbaut, fasst vor allem dann Fuß, wenn sich eine allgemeine Unzufriedenheit ausbreitet und sucht dann nach einem gemeinsamen Feind. Migrant*innen und Frauen im Allgemeinen eignen sich gut als Feindbild. Im neuen Fundamentalismus wird die Frau wieder wahrgenommen wie zu Zeiten der Hexenverfolgung. Dadurch wird ein politisches Patriarchat wiederbelebt, das sich nach und nach religiöse Diskurse, moralische Diskurse etc. einverleibt. Denn im Grunde geht es um eine politische Herrschaftsordnung. Das Patriarchat funktioniert analog zur Ordnung des Besitzes. Das Patriarchat besagt, dass die Frau unterworfen werden muss, deshalb wird sie dämonisiert.

Der Feminismus zielt also direkt auf das Herz des Patriarchats, das die Ordnung der Dinge aufrechterhält?

Genau! Und die Mächtigen wissen das. Sie haben kapiert, dass der Feminismus, der keine eigenen Machtinteressen verfolgt, alles zum Einsturz bringen kann. Deshalb muss man vorsichtig sein mit bestimmten Arten von Feminismus, die ihrer Struktur nach patriarchal sind. Das ist der Feminismus, der selbst nach der Macht greift.

Beziehst du dich auf den liberalen Feminismus?

Ja, aber nicht nur. Auch auf einige Formen des radikalen Feminismus. Der Feminismus tendiert dazu, die Macht aufzulösen, indem er sie umverteilt. Der Feminismus strebt einen gesellschaftlichen Zusammenhalt an, bei dem Gegenseitigkeit im Vordergrund steht. Einige Gruppen gehen jedoch von einer einzigen feministischen Wahrheit aus, der sich alle anderen unterzuordnen haben. Diesen Versuch der Hegemonialisierung finde ich schäbig. Denn einer der wesentlichen Aspekte der feministischen Praxis ist, dass sie pragmatisch ist, nicht hierarchisch und nicht prinzipienreiterisch. Die Feminisierung der Politik ist eine schwierige Aufgabe, die so nicht funktioniert. Es gibt Gruppen, die sich feministisch nennen, aber ihr Verhalten ist patriarchal. Sie arbeiten auf Machtgewinnung hin, im patriarchalen Sinne. Ich halte es mehr mit "Let it be", wie im Song der Beatles, lassen wir zu, dass die Zeit ihre Wirkung tut, statt an einer Vision festzuhalten, die uns den Weg vorgibt, den wir gehen müssen,

weil das Ziel klar definiert ist. Das geht für mich in Richtung Autoritarismus.

*In Spanien konzentriert sich die Debatte über die verschiedenen Formen des Feminismus auf die Rolle der Transfrauen, der Sexarbeiter*innen und durch rassistische Denkmuster kategorisierte Frauen*. Wie denkst du darüber?*

Bei dieser Debatte geht es darum, ob Frauen mit anderen Körpern Teil der Bewegung sein können. In Argentinien hat diese Frage die Ni Una Menos-Bewegung stark mitgenommen, fast hätte der Konflikt sie ernsthaft gefährdet, also die Position, dass nur Personen mit weiblichem Körper dazugehören können. Dazu sage ich auch wieder: "Let it be". Man muss den Dingen ihren Lauf lassen und sehen was passiert. Wir können nicht vorhersehen, dass es schlecht ist, dass Menschen mit anderem Körper sich in die feministische Bewegung einbringen. Warum soll man da jetzt vorgreifen? Wir werden ja sehen, was passiert.

Wir dürfen nicht den Unterschied zwischen der MeToo-Bewegung und der Bewegung Ni Una Menos in Argentinien vergessen. Die eine hat mit der anderen nichts zu tun. MeToo ist viel kleiner, stärker an bestimmte Umstände gebunden, hat eine andere Struktur und bezieht sich auf eine bestimmte Staatsgeschichte. MeToo richtet sich an den Staat, NiUnaMenos an die Gesellschaft. Sie erwartet nichts vom Staat und bezieht sich auf gesellschaftliche Veränderung. Hat also nichts miteinander zu tun. Die MeToo-Bewegung wurde von nordamerikanischen Feministinnen initiiert.

Diesen Feminismus bezeichne ich, mit einigen wenigen Ausnahmen, als Pilgrim-Feminismus, den Feminismus der ersten puritanischen Siedler. Es ist ein puritanischer Feminismus. Meine Kinder sind in den USA zur Schule gegangen, und da stand an den Wänden: "No Public Displays of Affection", keine öffentlichen Zuneigungsbekundungen. Sowas möchte ich in meinem Leben auf keinen Fall. Deshalb muss man unheimlich aufpassen mit der puritanischen Doktrin. In Teilen der feministischen Bewegung herrscht ein großer Irrtum vor. Die Verhandlung unserer Bedürfnisse an den Staat oder eine andere Instanz abzutreten ist falsch. Jungen und Mädchen müssen lernen, ihre Bedürfnisse im direkten Kontakt zu verhandeln. Ich kann dir sagen: "Du gefällst mir", du kannst mir sagen: "Du gefällst mir" und dann wird verhandelt, ohne irgendwelche Übergriffe.

Der Feminismus ist über einen langen Zeitraum aus einer Praxis von hierarchiefreier Zusammenarbeit und konsequenter Pluralität entstanden. Und dies gilt es zu erhalten, eine Bewegung ohne Führung, ohne hegemoniale Struktur, der der Rest sich unterzuordnen hat. Wie soll das einhergehen mit dem Verbot der Prostitution? Das wäre ein ausgesprochen autoritärer Schritt. Ich glaube nicht, dass so etwas mit der feministischen Bewegung vereinbar wäre. Die Politisierung der Frau erfordert Loslassen, nicht verbieten, auch wenn Prostitution und Bordelle wichtige Schulungsinstanzen männlicher Grausamkeit sind. Männer gehen nicht allein ins Bordell, sondern zu mehreren, und es geht ihnen auch nicht in erster Linie um den Zugriff auf den

weiblichen Körper, sondern darum, Männlichkeit zu zelebrieren, mit anderen Männern zu paktieren etc. Insofern ist es ein gesellschaftlicher Geschlechterkonflikt, der sich jedoch, wie ich glaube, nicht durch Kriminalisierung lösen lässt. Menschenhandel ist zum Beispiel illegal, wird aber trotzdem praktiziert. Das Verbot lädt lediglich dazu ein, sich noch weiter in eine Grauzone zurückzuziehen.

möglich, dass sich eine neue Form der Politisierung bildet und wir eine neue gesellschaftliche Ära erleben. Aber diese Entwicklung geht nicht vom Staat aus, sondern von den Frauen. Sie schützen die Grundlage und bewahren die Verbindungen. Und was ich deutlich machen will, ist, dass es dabei um eine politische Praxis geht. Das Geflecht der feministischen Praxis birgt die Ansätze einer neuen Politik. Die

URL des Artikels:

<https://www.npla.de/thema/feminismus-queer/rita-segato-machtausuebung-durch-gewalt-ist-ein-zeichen-von-schwaeche/>

Der Text ist lizenziert unter Creative Commons Namensnennung-Weitergabe unter gleichen Bedingungen 4.0 international.

<https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/>

*



*Frauen*demo zum 8. März 2017 in Quito*

Bild: Archivos Medios Públicos EP via Flickr (CC BY-SA 2.0) <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/2.0/>

Wie siehst du die Zukunft des Feminismus in den nächsten Jahren?

Lange Zeit dachte ich, der Feminismus würde seine Ziele nicht erreichen. Die Frauenmorde gingen weiter, Gewalt gegen Frauen nahm immer weiter zu. Aber heute denke ich, dass wir ins Zentrum der Reproduktion der Macht vorgedrungen sind: zur patriarchalen Grundstruktur. Zum ersten Mal halte ich es für

Frauen*demos sind nicht wie die der Gewerkschaften, der politischen Parteien oder der männlichen Bewegungen. Sie sind festlicher, strahlender, liebevoller. Hier entstehen Freundschaften und körperliche Nähe. Das alles schafft Verbindungen, auf denen das Leben basiert. Das wird nicht unbedingt auf Anhieb deutlich, aber man muss diese Verbindungen fördern und ihren politischen Gehalt wahrnehmen. Und die Reaktion derer, die uns hassen, zeigt uns, dass wir auf dem richtigen Weg sind. Die Gewalt, mit der die gleichen von eh und je uns begegnen, ist das Maß, an dem wir unsere Fortschritte erkennen.

Übersetzung: Lui Lüdicke

Quelle:

poonal - Pressedienst lateinamerikanischer Nachrichtenagenturen
Herausgeber:
Nachrichtenpool Lateinamerika e.V.
Köpenicker Straße 187/188
10997 Berlin
Telefon: 030/789 913 61
E-Mail: poonal@npla.de
Internet: <http://www.npla.de>

<http://www.schattenblick.de/infopool/politik/soziales/psf00051.html>

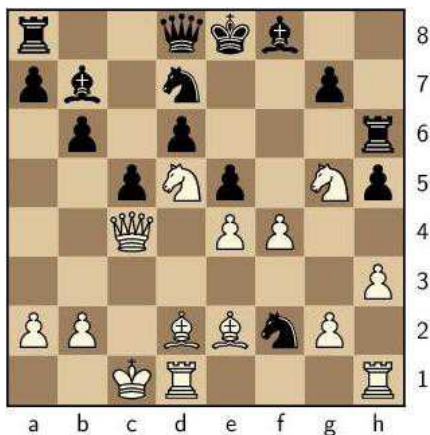
SCHACH - SPHINX

Wirkende auf dem Brett

Durch kühne Opfer pflegen
Den Sieg sie zu erstreben.
Oft nimmt den Preis entgegen
Wer vieles preisgegeben!

(SB) - Diese vier Zeilen von J. Minckwitz sind dem heutigen Rätsel der Sphinx wie auf den Leib geschneidert. Weiß, dessen positionelle Überlegenheit auf eine taktische Lösung sann, nahm den Punkt f7 fest in seinen Blick und grübelte sich eine Kombination zurecht, an deren Ende nicht der Zuwachs an materiellen Vorteilen lag, vielmehr forderte er

das Höchste von seinem Angriff - die Gefangennahme oder das Matt des gegnerischen Königs. Die Frage, die ihn nun beschäftigte und im Geiste umtrieb, war, wieviel er preiszugeben hatte für den stolzen Preis. Schachspieler sind Gestalter und Wirkende auf dem Brett; wenn die gegnerische Position nicht den eigenen Wünschen entspricht, so zwingt man ihr eine veränderte Gestalt auf. So etwas nennt man in Schachkreisen Kombination, Wanderer.



Belka - Baier
Doberlug 1980

Auflösung letztes Sphinx-Rätsel:

Der Damenzug 1...Dc2-d1! kostete kein Menschenleben, nur eine Partie ging für Weiß verloren, denn 2.Te1xe2 scheiterte zwangsläufig an 2...De1-h1+! 3.Te2-g2 Dh1-f1+ nebst Matt und 2.Kf3xe4 Dd1-d5# beendete das Spiel sofort.

<http://www.schattenblick.de/infopool/schach/schach/sph07079.html>

Täglich eine neue
Schach-Sphinx unter:

http://www.schattenblick.de/infopool/schach/ip_schach_schach_schach_sphinx.shtml

POLITIK / SOZIALES / FRAUEN

pool - Pressedienst lateinamerikanischer Nachrichtenagenturen

Kolumbien

Feministin & LGBTI-Aktivistin Claudia López

wird Bogotás erste Bürgermeisterin

(Bogotá, 29. Oktober 2019, *La Diaria*) - "Gewonnen haben wir Frauen, Mädchen und die Familien, die sich hart aus der Armut arbeiten, so wie meine oder die Ihre. Bogotá hat nicht nur dafür gestimmt, dass sich in den nächsten vier Jahren die Stadt verändert, sondern auch dafür, dass diese Generation die gesamte Gesellschaft verändert", sagte die ehemalige Senatorin Kolumbiens Claudia López in ihrer ersten Rede als gewählte Bürgermeisterin von Bogotá. Bei den Kommunalwahlen am 27. Oktober wurde das Mitglied der Mitte-Links-Partei Alianza Verde (Grüne Allianz) mit einer Mehrheit gewählt. Sie bekam 35 Prozent der Wahlstimmen, also etwa eine Million Stimmen. Damit gewann sie gegen den parteiunabhängigen Kandidaten Carlos Fernando Galán, der mit 32 Prozent der Wahlstimmen unterlag, obwohl er die letzten Umfragen angeführt hatte.

Der Wahlsieg von López ist ein historisches Ereignis, denn zum ersten Mal wurde eine Frau ins Bürgermeisteramt der kolumbianischen Hauptstadt gewählt. Bislang hatten Frauen, wenn überhaupt, nur das vorläufige Amt inne. Mit der Wahl von López, die sich für sexuelle Diver-

sität einsetzt und offen lesbisch ist, betritt die LGBTI-Community nun auch die politische Bühne Kolumbiens. Claudia López, 49 Jahre alt, lebt seit vielen Jahren in einer Beziehung mit der Senatorin Angélica Lozano, mit der sie sich vor ihrer Rede und unter Applaus und Beifallsrufen küsste und damit ein seltenes Bild in der politischen Szene Kolumbiens abgab.

López verspricht neue Politik in der Stadt

López versicherte, eine divers besetzte Regierung bilden zu wollen, die daran arbeiten werde, die Stadt mit Hilfe einer "Bürger*innenkultur" ("cultura ciudadana") in den nächsten vier Jahren zu verändern. Die Bürger*innen von Bogotá hätten ihr ihre Stimmen gegeben, "damit wir mit einer Bürger*innenkultur, einer qualitativ hochwertigen Bildung und mehr Gleichheit den Machismo, Rassismus, Klassizismus, die Homophobie und Fremdenfeindlichkeit bezwingen, überwinden und verlernen", so López. Sie fügte hinzu, dass der Wandel und der Abbau von Ungerechtigkeiten in Bogotá nicht aufzuhalten seien und, dass dieser Wandel mit dem

Aufbau einer offenen, partizipativen und transparenten Regierung beginne, die versuchen werde, das Vertrauen der Bürger*innen in die öffentlichen Institutionen zurückzugewinnen. Die künftige Bürgermeisterin sagte, sie strebe eine "Politik der sozialen Gerechtigkeit, der Liebe und der Anerkennung" an.

Claudia López studierte Finanzwirtschaft und Internationale Beziehungen an der kolumbianischen Externado-Universität (Universidad Externado de Colombia) mit Hilfe eines Bildungskredits. Außerdem schloss sie den Diplom-Studiengang Stadtmanagement an der niederländischen Erasmus-Universität in Rotterdam ab und erwarb darüber hinaus einen Mastertitel in Public Administration und Urban Policy an der Columbia University in den USA. Im Juni 2019 erhielt sie an der Northwestern University von Chicago ihren Dokortitel in Politikwissenschaft.

Bekanntheit erlange López, als das kolumbianische Nachrichtenmagazin Semana im Jahr 2006 eine Recherche von ihr veröffentlichte. In dieser deckte López Verbindungen zwischen den paramilitärischen Gruppen Autodefensas Unidas de Colombia (AUC) und der Politik auf. Sie löste damit den sogenannten Parapolitik-Skandal aus. Auch wenn dutzende Politiker*innen daraufhin verurteilt wurden, ist das Phänomen der Parapolitik in Kolumbien weiterhin präsent. López bekam aufgrund ihrer investigativen Arbeit Morddrohungen und verließ deshalb im Jahr 2013 für einige Monate das Land.

Die politische Laufbahn von Claudia López

Bereits im darauffolgenden Jahr kehrte sie jedoch nach Kolumbien zurück, um politisch aktiv zu werden. 2014 wurde sie von der Partei Alianza Verde zur Senatorin gewählt. Mit 81.045 Stimmen hatte sie den größten Stimmenanteil in ihrer Partei erreicht. Im vergangenen Jahr 2018 war sie als Teil der Coalición Colombia (Koalition Kolumbien) - ein Wahlbündnis zwischen der Mitte-Links-Partei Alianza Verde, der linken Partei Polo Democrático Alternativo (Alternativer Demokratischer Pol) und der Bürgerbewegung Compromiso Ciudadano (Bürgerliches Engagement) - die Vizekandidatin des Präsidentschaftskandidaten Sergio Fajardo. Fajardo und López belegten hinter dem damals gewählten Präsidenten Iván Duque und dem zweitplatzierten Kandidaten, dem Senator Gustavo Petro, den dritten Platz.

Das Wahlergebnis motivierte López für eine neue Initiative. Sie initiierte zusammen mit Lozano das Referendum über Maßnahmen zur Korruptionsbekämpfung: Die kolumbianische Bevölkerung war am 30. August 2018 dazu aufgerufen, über Antikorruptionsmaßnahmen abzustimmen. Ziele der Initiative waren unter anderem die Senkung der Gehälter von Parlamentarier*innen, höhere Strafen für Korruption und eine Begrenzung von aufeinanderfolgenden Amtszeiten. Zwar stimmte die Bevölkerung klar für die Antikorruptionsmaßnahmen, diese wurden aufgrund der geringen Wahlbeteiligung jedoch gesetzlich nicht bindend [1]. Ab dem 1. Januar 2020 wird Claudia López

nun die erste Frau sein, die die kolumbianische Hauptstadt Bogotá regiert.

Anmerkung:

[1] <https://www.dw.com/de/referendum-gegen-korruption-in-kolumbien-gescheitert/a-45239078>

URL des Artikels:

<https://www.npla.de/thema/tagespolitik/feministin-lgbti-aktivistin-claudia-lopez-wird-bogotas-erste-buergermeisterin/>

Der Text ist lizenziert unter Creative Commons Namensnennung-Weitergabe unter gleichen Bedingungen 4.0 international.

<https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/>

*

Quelle:

poonal - Pressedienst lateinamerikanischer Nachrichtenagenturen
Herausgeber:
Nachrichtenpool Lateinamerika e.V.
Köpenicker Straße 187/188
10997 Berlin
Telefon: 030/789 913 61
E-Mail: poonal@npla.de
Internet: <http://www.npla.de>

<http://www.schattenblick.de/infopool/politik/soziales/psfra806.html>

Liste der neuesten und tagesaktuellen Nachrichten ...
Kommentare ... Interviews ...
Reportagen ... Textbeiträge ...
Dokumente ...

Tips und Veranstaltungen ...

<http://www.schattenblick.de/infopool/infopool.html>

POLITIK / MEINUNGEN / OFFENER BRIEF

poonal - Pressedienst lateinamerikanischer Nachrichtenagenturen

Chile

Offener Brief von Baltasar Garzón an Präsident Piñera



Baltasar Garzón
Bild: Víctor Santa María via Flickr (CC BY 2.0)
<https://creativecommons.org/licenses/by/2.0/>

(23. Oktober 2019, *aporrea.org*) - Der ehemalige Richter Baltasar Garzón, der vor 20 Jahren entscheidend zur Verhaftung des chilenischen Ex-Diktators Augusto Pinochet in London beitrug, hat einen offenen Brief an den derzeitigen chilenischen Präsidenten Sebastián Piñera verfasst. Themen des Briefes: die soziale Explosion in Chile als Reaktion auf soziale Ungleichheit sowie seine Kritik am erklärten Ausnahmezustand und der Anweisung, die Militärs auf die Straße zu holen.

*

Im Folgenden der Brief "Was passiert in Chile?"

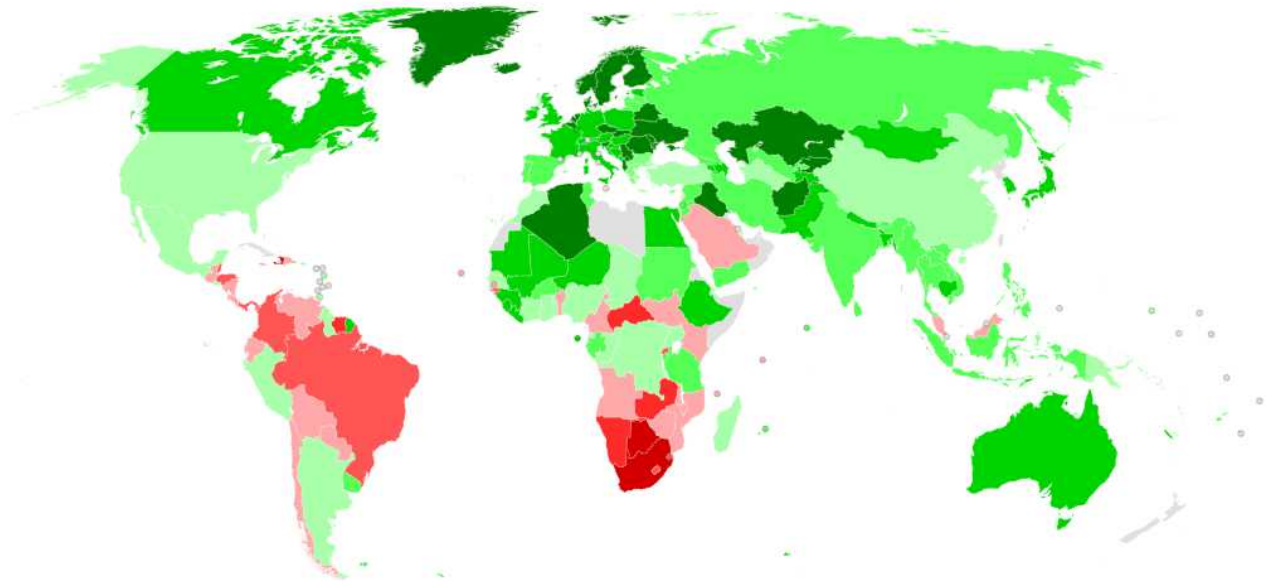
Herr Präsident,

Ich bin Baltasar Garzón, der spanische Richter, der Augusto Pinochets Verhaftung am 16. Oktober 1998 in London anordnete. Ich kenne Sie nicht und habe mich auch nie darum bemüht, Sie kennenzulernen. Alle anderen Präsidenten Ihres Landes, das mir so viel bedeutet, habe ich sehr wohl kennengelernt. Vielleicht aus Zuneigung zur chilenischen Bevölkerung, oder aus meiner Haltung, immer die Opfer, die Schwächsten und Verwundbarsten und auch die indigenen Völker zu verteidigen - auf jeden Fall ha-

be ich entschieden, Ihnen aus tiefer Empörung und Schmerz über das, was in Chile passiert, diesen Brief zu schreiben.

Herr Präsident, die Chileninnen und Chilenen sagen laut und deutlich: Es reicht, basta! Wir sehen eine spontane soziale Explosion, die von keiner politischen Partei gesteuert wird. Ein einfacher Protest der Studierenden gegen die Preiserhöhung der U-Bahn-Tickets, heftig bekämpft von der chilenischen Polizei, die nur ausführte, was die Regierung befahl, wurde zur Lunte, die den in dreißig Jahren aufgestauten Zorn entzündete.

Herr Präsident, Sie werden wohl mit mir darin übereinstimmen, dass sich hinter dem - Pinochet zugeschriebenen und als Entwicklungsmodell beim Übergang Chiles in die Demokratie beibehaltenen - angeblichen Wirtschaftswunder tatsächlich ein trauriger Rekord sozialer Ungleichheit verbirgt: Chile ist unter den zehn Ländern dieser Erde mit der größten sozialen Ungleichheit, auf demselben Niveau wie Ruanda. So sagt es der Gini-Index, den auch die Weltbank [zur Abbildung der Ungleichheit der Einkommensverteilung, Anm. Übers.] verwendet.



Der Gini-Index dient der Darstellung von Ungleichheiten der Einkommens- und Vermögensverteilung
Grafik: Maketrad via Wikimedia Commons

[CC BY-SA 4.0

(<https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/>)]

In Chile gibt es tatsächlich Entwicklung und viel Reichtum, der jedoch nur einer kleinen politischen und wirtschaftlichen Elite zugänglich ist. Chile kann nicht zu übertreffende makroökonomische Zahlen und ein über Jahrzehnte anhaltendes Wachstum vorweisen. Allerdings verarmt die große Mehrheit der Bevölkerung dabei langsam aber stetig und verschuldet sich.

Nach Presseberichten und sogar laut Angaben der Zentralbank hat diese Entwicklung in diesem Jahr einen historischen Höhepunkt erreicht. Herr Präsident, Ihr Land fand vor Jahren Zutritt in den erlauchten Club der reichen Länder,

Foto: Fotomovimiento via Flickr
(CC BY-NC-ND 2.0)

<https://creativecommons.org/licenses/by/2.0/>

die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD). Dass der Neuling unter den entwickelten Staaten mit hoher Produktivität und Wettbewerbsfähigkeit glänzen konnte, hatte natürlich seinen Preis: ein niedriges Lohnniveau und den fast vollständigen Verzicht auf die soziale Absicherung der Bevölkerung.

Sie als höchste politische Instanz wissen, dass die in Chile aktuell gültige Verfassung aus der Diktatur stammt: eingeführt mithilfe eines Referendums, das abgehalten wurde, während Pinochets Scher-

gen Oppositionspolitiker folterten, mordeten und gewaltsam verschwinden ließen. Diese Verfassung erfuhr mehrere Anpassungen, um den Transformationsprozess, den Übergang zur Demokratie zu ermöglichen. Auch später noch wurde sie zu zahlreichen Gelegenheiten verändert. Aber ihr Geist und ihre Ausrichtung sind gleich geblieben. Es gibt keinen "sozialen" und "demokratischen" Rechtsstaat, sondern einen "liberalen" oder "neoliberalen" und "subsidiären", gewissermaßen "behelfsmäßigen" Rechtsstaat. Das bedeutet, dass



die staatlichen Dienstleistungen - von wenigen Ausnahmen abgesehen - von schlechter Qualität sind, und Armen und Mittellosen zuteilwerden sollen.

Vielleicht gefällt es Ihnen nicht, das zu hören, aber dennoch: Angesichts des sozialen Protests eines unter demokratischen Verhältnissen bisher ungeahnten Ausmaßes ist Ihnen, dem Präsidenten, und den neoliberalen Erben Pinochets, die heute das Land regieren, nichts besseres eingefallen, als diese alte, Ihnen nur zu gut bekannte Strategie anzuwenden. Sie haben auf das Militär zurückgegriffen. Wieder einmal sollten Soldaten auf die Straße gehen, um die Menschen zu unterdrücken.

Es versteht sich von selbst, dass Gewalt neue Gewalt erzeugt, dass Feuer nicht mit Benzin gelöscht werden kann, und dass es über kurz oder lang viele Schwerverletzte und Tote geben wird, wenn Soldaten die Straße beherrschen. Das Militär ist nicht darauf vorbereitet, die öffentliche Ordnung zu kontrollieren, sondern darauf, Krieg zu führen, den Feind zu bezwingen oder zu zerstören. Immer wenn Soldaten auf die Straße gingen, wurde alles nur noch schlimmer - auch wenn sie in einem angeblichen Krieg gegen Verbrecher "kämpfen" sollten. Kriminalität, Plünderungen und Ausschreitungen nehmen nicht ab; stattdessen kommt die ungebremsste staatliche Gewalt hinzu, die im Nachhinein auf übelste Art vertuscht wird, um Straflosigkeit zu garantieren. Aber, Herr Präsident, Sie und die im Amt befindliche Regierung irlen, was das Ziel Ihrer Aktionen angeht: Die Bevölkerung ist nicht der Feind, sondern das Opfer; man

muss sie beschützen, statt sie mit Methoden des Ausnahmezustands zu bestrafen.

"Wir haben unsere Angst verloren!" sagen Chileninnen und Chilenen in den sozialen Netzwerken. "Chile ist aufgewacht!" ist einer der Slogans dieser spontanen sozialen Protestbewegung, die anfängt, sich zu organisieren, "Es hat gerade erst angefangen!" ein anderer. "Wir müssen weitermachen!" sagt auch ein Landarbeiter, als er sieht, wie angesichts der Proteste auf einmal wieder reichlich Wasser fließt, wo am Vortag noch ein ausgetrockneter Fluss war. Ein großes Unternehmen hatte den Lauf des Wassers wieder freigegeben, nachdem sie es ungerechterweise denjenigen entzogen hatten, die von der Landwirtschaft leben.

Jetzt und in Zukunft verfolgen wir sehr aufmerksam, was in Chile passiert. Seien Sie gewiss, dass die Menschenrechtsverletzungen und die Verbrechen gegen die Zivilbevölkerung, die jetzt begangen werden, dieses Mal nicht straflos bleiben werden. Denn außer der chilenischen Staatsanwaltschaft und dem Nationalen Institut für Menschenrechte (INDH), gibt es inzwischen das "Weltrechtsprinzip" [Prinzip der universellen Gerichtsbarkeit für Menschenrechtsverbrechen, Anm. d. Übers.], den Internationalen Strafgerichtshof und das Interamerikanische Menschenrechtssystem. Außerdem beobachtet die internationale Gemeinschaft die Entwicklung aufmerksam und wird nicht zulassen, dass sich die Schrecken der Vergangenheit in Chile wiederholen.

Um alle Zweifel auszuräumen, Herr Präsident: Wir teilen nicht

die Ansicht des Generalsekretärs der Organisation Amerikanischer Staaten (OAS), der die Schuld für alles, was in Lateinamerika passiert, Kuba, Venezuela, Rafael Correa, Lula da Silva, Cristina Fernández de Kirchner, Alberto Fernández und all denen gibt, die sich der neoliberalen Welle entgegenstellen. Dieser Welle, die wie in den 70er Jahren unter der Vorherrschaft des Nordens wieder den Kontinent zerstört. Diesmal werden wir uns von denjenigen, die den demokratischen Ausdruck und Widerstand der Bevölkerung erneut unterwerfen und beenden wollen, nicht täuschen und auch nicht demütigen lassen.

Baltasar Garzón, ehemaliger Richter, Mitglied des Lateinamerikanischen Rats für Gerechtigkeit und Demokratie

URL des Artikels:

<https://www.npla.de/thema/repression-widerstand/offener-brief-von-baltasar-garzon-an-den-chilenischen-praesidenten/>

Der Text ist lizenziert unter Creative Commons Namensnennung-Weitergabe unter gleichen Bedingungen 4.0 international.

<https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/>

*

Quelle:

poonal - Pressedienst lateinamerikanischer Nachrichtenagenturen
Herausgeber:
Nachrichtenpool Lateinamerika e.V.
E-Mail: poonal@npla.de
Internet: <http://www.npla.de>

<http://www.schattenblick.de/infopool/politik/meinung/pmof0058.html>

Koreakonflikt - Willkür und Beliebigkeit ...

(SB) 4. November 2019 - Leider hat die Entlassung von John Bolton als Nationaler Sicherheitsberater im September nicht zu der erhofften Verbesserung der Beziehungen zwischen Nordkorea und den USA geführt. Bekanntlich hatte George W. Bushs früherer UN-Botschafter Bolton mit der Forderung nach einer vollständigen Trennung Nordkoreas von allen seinen atomaren, biologischen und chemischen Waffen samt der dazugehörigen Technologie als kategorische Grundbedingung für die Lockerung von UN-Handelssanktionen den frühzeitigen Abbruch des mit großen Friedenshoffnungen inszenierten Gipfeltreffens zwischen Trump und Kim Jong-un im Februar in Hanoi eigenhändig herbeigeführt.

Der Umstand, daß sich die Beziehungen zwischen Pjöngjang und Washington trotz Trumps "weiser politischer Entscheidung" - so die offizielle Bezeichnung Nordkoreas -, sich von Bolton zu trennen, nicht verbessert haben, liegt unter anderem darin begründet, daß Amerikas führender Kriegsfalke nun als Privatmann mächtig gegen den eigenen Präsidenten intrigiert. Die allermeisten derjenigen Mitarbeiter des Nationalen Sicherheitsrats, die wie Fiona Hill, Timothy Morrison und Oberstleutnant Alexander Vindman gegen Trump in der sogenannten Ukraine-Affäre aussagen und ihm deshalb ein Amtsenthebungsverfahren durch den Kongress beschert haben, gelten als

Handlanger Boltons und waren von diesem ins Weiße Haus geholt worden. Bei einer Rede am 30. September vor dem einflußreichen Center for Strategic and International Studies (CSIS) in Washington, aus der zwei Tage später wenig überraschend die New York Times zitierte, tat Bolton jeden Versuch, mit dem von ihm verhaßten "Regime" in Pjöngjang eine Entnuklearisierung der koreanischen Halbinsel auszuhandeln, als "zum Scheitern verurteilt" ab.

Unter schlechten Voraussetzungen also haben sich am 4. Oktober die Unterhändler beider Seiten, angeführt von Stephen Biegun und Kim Myong-gil, zu den ersten Gesprächen auf der Arbeitsebene seit Februar getroffen. Nach nur einem Tag waren die Verhandlungen vorbei. Die Nordkoreaner machten die Amerikaner dafür verantwortlich und behaupteten, letztere wären "mit leeren Händen" gekommen und hätten die "alte Position und Haltung" der Unnachgiebigkeit an den Tag gelegt. Beim Gipfel in der Hauptstadt Vietnams sieben Monate zuvor hatte Nordkorea eine komplette, unter internationaler Aufsicht durchgeführte Demontage seiner Atombombenfabrik Yongbyon im Gegenzug für eine Lockerung jener Sanktionen, die Pjöngjang den Export der beiden Devisenbringer Kohle und Textilien verbietet und dadurch die Volkswirtschaft des kommunistischen Landes schwer trifft, ange-

boten. Im Vorfeld hatte Biegun sogar Entgegenkommen signalisiert. Daß eine solche oder ähnliche Regelung trotz der Entlassung des Störenfrieds Bolton offenbar nicht mehr möglich ist, enttäuscht und weist zugleich auf veränderte, weniger günstige Rahmenbedingungen hin.

Mit seinem Zick-Zack-Kurs vor allem in der Iran- und Syrien-Politik hat Trump in den vergangenen Monaten bei Freunden und Feinden gleichermaßen erhebliche Zweifel an seinem außenpolitischen Sachverstand und seinem diplomatischen Geschick aufkommen lassen. Hinzu kommt, daß die außenpolitische Elite in Washington von Anfang an dem trumpschen Ansatz einer Versöhnung mit Rußland und Nordkorea feindlich gegenübergestanden hat. Während Trump vor allem den Aufstieg Chinas bremsen will und deshalb einen schweren Handelskrieg mit der Volksrepublik vom Zaun gebrochen hat, meinen die wichtigsten Vertreter des amerikanischen Sicherheitsapparats, die USA hätten auf allen Kontinenten gleich stark militärisch auftreten müssen.

Vor diesem Hintergrund hätte Trump größte Schwierigkeiten, einen Deal mit Nordkorea gegenüber Politik und Medien im eigenen Land zu verkaufen. Hinzu kommt, daß die Nordkoreaner ihrerseits nicht wissen, wie lange der Republikaner noch im Amt bleibt, ob ihm die Wiederwahl

2020 gelingen wird und falls nicht, ob sich sein demokratischer Nachfolger bzw. seine demokratische Nachfolgerin an die getroffenen Vereinbarungen hält. 2002 hat die Regierung von Bush jun. das von der Vorgängeradministration Bill Clintons ausgehandelte Framework Agreement auf den Müllhaufen der Geschichte geworfen. 2005 hat das Washingtoner Finanzministerium mit eigenen Sanktionen gegen Pjöngjang eine umfassende Friedenseinigung bei den Sechser-Gesprächen in Peking, an denen auch China, Japan, Rußland und Südkorea beteiligt waren, torpediert. 2018 hat Trump das Atomabkommen Barack Obamas mit dem Iran aufgekündigt und damit erheblich zum Ruf der USA als unzuverlässig beigetragen.

Als Kim im Februar mit dem Zug nach Hanoi durch China fuhr, stand seiner Reise ganz im Zeichen einer möglichen ökonomischen Öffnung Nordkoreas. Immer wieder unterbrach er die lange Fahrt, um von chinesischer Prominenz dieses oder jenes Wirtschaftsprojekt gezeigt zu bekommen. Doch die monatelangen Proteste in Hongkong, hinter denen die Regierung in Peking die verdeckte Hand der CIA vermutet, haben die politische Großwetterlage in Ostasien verdüstert. Statt Aufforderungen zur Kompromißbereitschaft aus Peking bekommen Kim und die Nordkoreaner in letzter Zeit viel Lob dafür, die engsten Verbündeten Chinas zu sein, mit denen zusammen die Volksrepublik 1950-1953 den Koreakrieg gegen die USA ausgefochten hat und seitdem dem westlichen Imperialismus die Stirn bietet. Nicht umsonst hat am 21. Sep-

tember die Volksarmee bei der feierlichen Parade anlässlich des 70 Jahrestages der Ausrufung der Volksrepublik ihre neuesten Interkontinentalraketen und Hyperschallflugzeuge präsentiert.

Auch Nordkorea bleibt an der Aufrüstungsfront nicht untätig. Am 1. Oktober haben die Nordkoreaner erfolgreich eine u-bootgestützte Mittelstreckenrakete getestet, die nuklearbestückt eine große Gefahr für die Metropolen an der amerikanischen Westküste bildete. Gleich am darauffolgenden Tag haben die USA mit dem Test einer eigenen Interkontinentalrakete geantwortet, die von Kalifornien aus ein Ziel bei den westpazifischen Marshall-Inseln traf. Am 22. Oktober nahmen zwei B-52-Bomber der US-Luftwaffe, die mit Atombomben bestückt werden können, vor der westjapanischen Küste an einem gemeinsamen Manöver mit den Selbstverteidigungskräften Japans teil. Am 31. Oktober hat die nordkoreanische Armee vor der eigenen Ostküste zwei landgestützte Kurzstreckenraketen getestet. Kim Jong-un hatte im April erklärt, bis Ende dieses Jahres das von ihm 2018 verhängte Moratorium für Atomtests und Testflüge von Langstreckenraketen aufrechtzuerhalten, um den Friedensverhandlungen mit den USA eine Chance zu geben. Derzeit sieht es nicht danach aus, als wäre die Trump-Regierung imstande oder bereit, die angebotene Chance auf eine Beilegung des Koreakonflikts zu ergreifen.

<http://www.schattenblick.de/infopool/politik/redakt/asia-938.html>

REPRESSION / FAKTEN

*poonal - Pressedienst
lateinamerikanischer
Nachrichtenagenturen*

Chile

Landesweiter Ausnahmestand: 13 Frauen* vermisst

(Montevideo, 28. Oktober 2019, comcosur/laizquierdadiario) - Nach Angaben der Menschenrechtsinitiative Defensoría Jurídica der Universidad de Chile in Santiago wurden eine Woche nach Beginn der Massenproteste in Chile bereits 13 Frauen* vermisst. Das teilte die von Student*innen, Dozent*innen und Rechtsanwält*innen gegründete Initiative am 25. Oktober 2019 mit.

Deren vorläufige Bilanz fiel nach acht Tagen Ausnahmestand folgendermaßen aus: 20 Tote und 437 offiziell registrierte Schussverletzungen. Es muss also davon ausgegangen werden, dass die tatsächliche Anzahl weitaus höher liegt. Dazu kommen mehrere irreparable Augenverletzungen, Folterungen und Misshandlungen und nun auch das Verschwinden von Menschen. Die Menschenrechtsinitiative Defensoría Jurídica veröffentlichte Fotos der Verschwundenen und forderte die Bevölkerung auf, an der Aufklärung ihres Verbleibs mitzuwirken.

URL des Artikels:

<https://www.npla.de/thema/repression-widerstand/landesweiter-ausnahmestand-13-frauen-vermisst/>

REPRESSION / FAKTEN / INTERNATIONAL

poonal - Pressedienst lateinamerikanischer Nachrichtenagenturen

Chile

Journalist*innen berichten über sexuelle Gewalt im Polizeigewahrsam

(Montevideo, 28. Oktober 2019, *comcosur/laizquerdadiario*) - Erzwungene Entkleidung, nackt Kniebeugen vorführen, Vergewaltigungsandrohungen, Begrabschtwerden. Sexualisierte politische Gewalt während der Massenproteste in Chile war kein Einzelfall und wurde in verschiedenen Formen ausgeübt.

Estefani Carrasco, Journalistin der Zeitung La Estrella de Arica, wurde am 23. Oktober zusammen

mit ihren Kolleg*innen Patricia Torres und Alfredo Sanhueza verhaftet. "Bevor sie uns in die Zelle steckten, mussten wir uns ausziehen und Kniebeugen vorführen, um sicherzustellen, dass wir nichts im Genitalbereich versteckt haben. Wir wurden gegen 23 Uhr von zwei Polizisten festgenommen. Sie hatten uns nach unserem Passierschein gefragt, der ist aber eigentlich nur dazu da, dass man keine Strafe kriegt", berichtete sie in einem Video [1] in den sozialen Netzwerken.

den folgenden Tagen jedoch auf weitere elf Provinzen ausgedehnt wurde. Von der nun folgenden verstärkten Militär- und Polizeigewalt waren vor allem die ärmsten Sektoren der Gesellschaft und die Jugend betroffen.

Nach Angaben des Nationalen Menschenrechtsinstituts INDH [2] liegen zwölf Klagen wegen sexualisierter politisch motivierter Gewalt vor, die seit Beginn der Demonstrationen von Militärs und Polizisten verübt wurden. In einem Fall wurde damit gedroht, die betroffene Person mit einem Gewehr zu penetrieren. Das Institut ging bei einer ihrer jüngsten Bilanzen von 2.840 Verhafteten aus, davon 305 Kinder und Jugendliche sowie 492 Frauen*.

Fortsetzung von Seite 14:

Der Text ist lizenziert unter Creative Commons Namensnennung-Weitergabe unter gleichen Bedingungen 4.0 international.
<https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/>

*

Quelle:

poonal - Pressedienst lateinamerikanischer Nachrichtenagenturen
Herausgeber:
Nachrichtenpool Lateinamerika e.V.
Köpenicker Straße 187/188
10997 Berlin
Telefon: 030/789 913 61
E-Mail: poonal@npla.de
Internet: <http://www.npla.de>

<http://www.schattenblick.de/infopool/repress/fakten/rf0i0403.html>

Die heftigste Protestwelle seit den 80er Jahren

Eine Woche, nachdem Schüler*innen und Student*innen aufgrund der Preisanhebung im Nahverkehr zu Massenprotesten und dem Boykott der öffentlichen Verkehrsmittel zur Hauptverkehrszeit aufgerufen hatten, explodierte die Stimmung wie ein überhitzter Druckkessel. Die aufgestaute Wut über den unternehmerischen Machtmissbrauch der letzten 30 Jahre entlud sich in der heftigsten Protestwelle seit den 80er Jahren. Die Regierung reagierte mit harten Maßnahmen. Am 19. Oktober erließ sie das Gesetz über die innere Sicherheit und verhängte eine Ausgangssperre, die zunächst auf Santiago beschränkt war, in

UNO-Kommission erwartet

Am 25. Oktober kamen der Leiter des Nationalen Menschenrechtsinstituts Sergio Micco und der Vertreter des Südamerika-Büros des UN-Hochkommissariats für Menschenrechte im Sitz der Organisation in Santiago zusammen, um den für gute drei Wochen angesetzten Aufenthalt der UN-Mission vorzubereiten. Am 30. Oktober, zwei Tage später als ursprünglich geplant, traf die Kommission in Chile ein.

Generalstreik bis zum Rücktritt der Regierung

Alejandra Decap, Sprecherin der feministischen Gruppe Pan y Rosas, stimmte für die Fortsetzung der Massenproteste und des Generalstreiks: "Weder der Gewerkschaftsverband CUT noch die anderen Parteien am Runden Tisch haben sich für die Fortsetzung des Generalstreiks ausgesprochen, aber das ist das, was wir tun müssen. Es kann nicht sein, dass Militär und Polizei unseren Kampf für unsere Rechte, wie für das Recht auf sichere, straffreie und kostenlose Abtreibung mit sexualisierter Gewalt niederschlagen, während wir handlungsunfähig bleiben. Wir müssen den Staat dazu bringen, dass der Ausnahme-

zustand aufgehoben wird, und daher ist der Klassenkampf nun das Mittel der Wahl", so Alejandra Decap.

Anmerkungen:

[1] <https://twitter.com/i/status/1187710177715392512>

[2] <https://pbs.twimg.com/media/EIL-ga3rWsAAYoHG.jpg:large>

URL des Artikels:

<https://www.npla.de/thema/repression-widerstand/journalistinnen-berichten-ueber-sexuelle-gewalt-im-polizeigewahrsam/>

Der Text ist lizenziert unter Creative Commons Namensnennung-Weiter-

gabe unter gleichen Bedingungen 4.0 international.
<https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/>

*

Quelle:

poonal - Pressedienst lateinamerikanischer Nachrichtenagenturen
Herausgeber:
Nachrichtenpool Lateinamerika e.V.
Köpenicker Straße 187/188
10997 Berlin
Telefon: 030/789 913 61
E-Mail: poonal@npla.de
Internet: <http://www.npla.de>

<http://www.schattenblick.de/infopool/repress/fakten/rf0i0404.html>

UMWELT / REDAKTION / KLIMA

Land unter - Fluchtdesaster ...

(SB) 14. November 2019 - Die bisherigen Berechnungen zum globalen Meeresspiegelanstieg sind viel zu konservativ. Bis 2050 werden voraussichtlich 300 Millionen Menschen ihre Heimat verlieren, weil diese vom Meer überschwemmt wird. Allein dieser Klimateffekt, der nur einer von vielen ist, die in den nächsten Jahren zeitgleich eintreten, wird insbesondere in Südostasien Flüchtlingsströme riesigen Ausmaßes und in Folge davon soziale Unruhen auslösen. Die "Fuck-you-Greta"-Fraktion mag verbalaggressiv gegen die Unruhestifterin vorgehen, den

Kopf in den Sand stecken oder versuchen, die Warnungen der schwedischen Klimaaktivistin und Initiatorin der weltweiten Fridays-for-Future-Bewegung Greta Thunberg als Alarmismus abzutun, das alles wird nichts nutzen. Die Entwicklungen in den Natursystemen sind angefallen, und von den sozioökonomischen Folgen werden auch Wohlstandsregionen wie Deutschland betroffen sein.

Die Frage, wie viele Menschen vertrieben werden, wenn der Meeresspiegel steigt, hängt von verschiedenen Faktoren ab, un-

ter anderem von der Geschwindigkeit des Anstiegs und der Höhe der Küsten. Man sollte meinen, daß letzteres längst geklärt ist, aber das trifft nicht zu. Die Höhe der Küsten wurde für viele Weltregionen hauptsächlich per Radar ermittelt, was jedoch zu einer deutlichen Überhöhung geführt hat. Das berichten Scott A. Kulp und Benjamin H. Strauss von der Wissenschaftsorganisation Climate Central im peer-reviewten Journal Nature Communications. [1]

Im 20. Jahrhundert ist der Meeresspiegel weltweit um 11 - 16

Zentimeter gestiegen. Gegen Ende dieses Jahrhunderts wird er selbst dann noch um weitere 50 Zentimeter höher sein, sollte die Menschheit ihre Treibhausgasemissionen drastisch reduzieren. Das tut sie allerdings nicht, und so muß man zur Zeit davon ausgehen, daß der Meeresspiegel im Jahr 2100 um mehr als zwei Meter höher liegt als heute. Inselstaaten wie die Malediven, Marshall-Inseln, Tuvalu und Kiribati werden im Meer versinken, auch weite Teile der heutigen Landfläche Bangladeschs werden sich in Meeresboden verwandeln.

Das ist hinlänglich bekannt und vielfach beschrieben. Doch Climate Central hat sich die Frage gestellt, wie viele Menschen davon betroffen sind und ihre Heimat verlieren. Laut den Neuberechnungen ist die zu erwartende Zahl der Flüchtenden dreimal so hoch, wie bislang angenommen.

Die Küsten der Vereinigten Staaten, großer Gebiete Europas und Australiens wurden relativ genau mittels des laserbasierten Systems LIDAR ausgemessen. Für die meisten übrigen Küstenstreifen jedoch liegen nur Daten des Radarsystems SRTM (Shuttle Radar Topography Mission) vor. Die Radarstrahlen haben die Eigenschaft, daß sie von der obersten Schicht der Vegetation sowie von den Hausdächern reflektiert werden und nicht in jedem Fall die Oberfläche der Küsten abbilden. Der Unterschied ist natürlich gravierend, denn dadurch entsteht eine systematische Überhöhung. Das gilt vor allem für Südostasien, wo sehr viele Menschen ihre Häuser unmittelbar an die Küste gebaut

haben. In flachen Küstengebieten könne ein einziges außergewöhnlich hohes Gebäude zu einer Fehleinschätzung der Küstenhöhe von 20 Metern führen, heißt es in der Studie.

Für die Frage, wie viele Menschen von Überschwemmungen bedroht sind, ist es nicht entscheidend, wie hoch sie gebaut haben, sondern wie weit über dem Meer die Basis ihrer Gebäude liegt. Die SRTM-Daten zeigen ein geschöntes Bild. Sich darüber im klaren zu sein, ist selbstverständlich wichtig für Regierungen und zukünftige Planungen. Deshalb hat Climate Central das Programm CoastalDEM (Digital Elevation Model) entwickelt, mit dem der systematische Fehler nicht vollständig, aber weitgehend herausgerechnet werden kann und eine größere Annäherung an die Realität erreicht wird.

Den Neuberechnungen zufolge wird bis zum Jahr 2050 eine Landfläche, auf der heute 300 Mio. Menschen leben, von Überschwemmungen betroffen sein. Bis Ende des Jahrhunderts wird das Land von 200 Mio. Menschen dauerhaft unterhalb der Hochwasserlinie liegen - heute sind es 110 Mio. Menschen. Gegenwärtig werden die meisten von ihnen durch Deiche oder andere Küstenschutzmaßnahmen vor dem Meer geschützt. Ob diese Einrichtungen genügen, wenn das Wasser weiter steigt, ist fraglich. Rund 75 Prozent von Überschwemmungen bedrohten Menschen leben in China, Bangladesch, Indien, Vietnam, Indonesien und Thailand. Auch Brasilien, Ägypten, Nigeria und das Vereinigte Kö-

nigreich wird Land ans Meer abgeben müssen, sollten keine Schutzmaßnahmen ergriffen werden.

Alles in allem, so schreiben die Autoren von Climate Central, werden am Ende dieses Jahrhunderts 640 Mio. Menschen entweder von regelmäßigen oder dauerhaften Überschwemmungen betroffen sein. Dabei haben die Autoren für die Annahme des Meeresspiegelanstiegs ein mittleres Szenario gewählt. Das bedeutet, daß ihre Einschätzung sehr konservativ ist, mehr denn je gerade in den letzten Jahren die Hinweise, daß das Meer schneller steigen könnte als gedacht. Das liegt zum einen an den beträchtlichen Massenverlusten des grönländischen Eispanzers, der in den letzten beiden Jahren besonders hohen Temperaturen ausgesetzt war und an dessen Gletscherzungen vergleichsweise warme Meeresströmungen angreifen, und zum anderen an der Antarktis. Der westantarktische Eisschild hat möglicherweise einen Kippunkt überschritten, so daß sein Verschwinden nicht mehr gestoppt werden kann. Und das Eis der Ostantarktis galt bis vor einigen Jahren noch als extrem stabil. Jüngere Untersuchungen zeigen jedoch, daß auch dort stärkere Schmelzprozesse eingesetzt haben.

In den letzten zehn, fünfzehn Jahren hat sich der real gemessene Meeresspiegelanstieg entlang der vom Weltklimarat angenommenen Maximalwerte bewegt. Da hierzu noch größere Unsicherheiten in der Forschung bestehen, haben sich die Forscher von Climate Central, wie gesagt, für ein mittleres Szenario, fachsprachlich Representati-

ve Concentration Pathway (RCP) 4.5 genannt, entschieden. Dieses unterstellt, daß die Staatengemeinschaft das 2015 beschlossene Übereinkommen von Paris einhält. Das ist ziemlich optimistisch, denn nicht einmal die nationalen Zusagen aus jenem Übereinkommen genügen, um die Vereinbarung, die globale Durchschnittstemperatur auf deutlich unter zwei Grad, möglichst 1,5 Grad gegenüber der vorindustriellen Zeit zu halten, zu erfüllen.

Doch selbst von jenen unzureichenden nationalen Zusagen sind

viele Staaten noch weit entfernt, so daß voraussichtlich im Laufe dieses Jahrhunderts der Kampf um Ressourcen und Territorien sowohl zwischen den Staaten als auch innerhalb der Staaten zugespitzt wird. Denn wenn immer mehr Menschen auf einer immer kleineren Fläche leben müssen, Siedlungs- und Bewirtschaftungsflächen verschwinden und die Häufigkeit und Intensität von Naturkatastrophen (Dürren, Stürmen, Hitzewellen, Überschwemmungen, etc.) anwachsen, so daß sich Hunger und Mangelernährung ausbreiten, dürfte eine Ab-

kehr von der bisher bevorzugten Überlebensratio, bei der die eigenen Vorteile stets zu Lasten des anderen errungen werden, schwerer fallen als unter den heutigen gesellschaftlichen Verhältnissen.

Anmerkung:

[1] <https://www.nature.com/articles/s41467-019-12808-z>

<http://www.schattenblick.de/infopool/umwelt/redakt/umkl-724.html>

BUCH / SACHBUCH / REZENSION

Mit dem Elektroauto in die Sackgasse

Warum E-Mobilität den Klimawandel beschleunigt

von Winfried Wolf

(SB) 14. November 2019 - Wer bisher geglaubt hat, daß Elektroautos "immerhin" einen Fortschritt gegenüber Autos mit Verbrennungsmotoren darstellen, da diese angeblich viel stärker die Luft verschmutzen und zum Klimawandel beitragen, wird von Winfried Wolf umfassend über diesen Irrtum aufgeklärt. Elektroautos sind schwerer, produzieren mehr Feinstaub zumindest aufgrund des Gummibriebs der Reifen, und beim gegenwärtig vorherrschenden Energiemix stammt der Strom zu ihrem Betrieb hauptsächlich aus fossilen Energieträgern oder Atomkraftwerken. Die vermeintliche Sauberkeit der Elektroautos ergibt sich allein deshalb, weil die bei ihrer Her-

stellung anfallenden CO₂-Emissionen nicht in die Klimabilanz einberechnet oder auch externalisiert, das heißt in andere Weltregionen verschoben werden. Erst nach rund acht Jahren amortisiert sich energetisch ein Elektroauto im Verhältnis zu einem Verbrenner, schreibt Wolf (S. 95). Zu ergänzen wäre, daß wahrscheinlich noch vor dieser Zeit, das wären rund 120.000 Kilometer, ein Teil der Elektroautos durch neue Modelle ersetzt werden wird, so daß ihr energetischer Vorteil gar nicht erst zum Tragen käme.

Das Buch "Mit dem Elektroauto in die Sackgasse" liefert einen Strauß von Gründen, warum elektrisch

Winfried Wolf
Mit dem Elektroauto in die Sackgasse
Warum E-Mobilität den Klimawandel beschleunigt
Promedia Verlag, Wien 2019
216 Seiten, brosch.
17,90 Euro
ISBN: 978-3-85371-450-8

angetriebener Individualverkehr ein Rückschritt gegenüber anderen Mobilitätskonzepten wie dem Schienenverkehr (Eisenbahn und Tram) ist und sowieso das gesamte Verkehrs- und Gütertransportaufkommen reduziert werden müßte, um die Klimaschutzziele des 2015 beschlossenen Übereinkommens von Paris einzuhalten.

Dabei argumentiert Wolf an manchen Stellen systemimmanent. Wenn er beispielsweise berichtet, daß sich die sowieso schon bescheidene Reichweite von Elektroautos und -bussen im Winter verringert, da mit der Energie der Batterien auch die Heizung gespeist werden muß, dann zeigt das zwar,

wie unattraktiv Elektroautos sind, aber würde die Industrie diesen Mangel beheben, wäre das Argument hinfällig.

Systemkritisch hingegen wird der Autor, wenn er die Täuschung offenlegt, daß im Jahr 2025 der von der Bundesregierung angestrebte höhere Anteil von Elektroautos an der Fahrzeugflotte automatisch zu wirksamem Klimaschutz führen wird. Denn in absoluten Zahlen, so rechnet Wolf vor, würde bis dahin auch die Zahl der Autos mit Verbrennungsmotoren steigen, so daß in der Summe noch viel mehr Autos als heute die Luft verpesten, die Straßen verstopfen und Fläche verbrauchen. Prognosen zufolge wird sich der weltweite Kfz-Bestand von 2010 bis 2025 auf 2,1 Mrd. Fahrzeuge verdoppeln. (S. 177)

Elektroautos würden sowieso eher als Zweit- oder Drittwagen erworben, und das auch nur von einer zahlungsfähigen Klientel. Die soziale Ausgrenzung ist ebenso vorprogrammiert wie der Verkehrskollaps. Der Autobranche hingegen ginge es vor allem darum, die gegenwärtige Krise der Mobilität (Dieselskandal, Feinstaub) zu bewältigen und weiterhin ihre Stellung als globale Schlüsselindustrie zu wahren.

Wie sehr der frühere Bundestagsabgeordnete der Partei Die Linke mit seinem im März dieses Jahres erschienenen Buch ins Schwarze trifft, zeigt sich dieser Tage in der Medienberichterstattung anlässlich des Autogipfels bei der Bundeskanzlerin und der Vorstellung des "Masterplans Ladeinfrastruktur" des Bundesverkehrsministeriums. Darin heißt es, zitiert nach n-tv.de vom 2. November 2019: "Damit Deutschland auch weiterhin füh-

rende Automobilnation bleibt, müssen Politik und Industrie Hand in Hand an der schnellen Verbreitung von Elektrofahrzeugen arbeiten." Bei drohenden Einbußen der Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands drückt also der Schuh und nicht etwa beim mangelhaften Klimaschutz.

Eine Million Ladestationen bis 2030 will die Bundesregierung einrichten. Damit entschärft sie die berechnete, jedoch systemimmanente Kritik, derzufolge ein Widerspruch zwischen dem Versprechen der Elektroautomobilität und ihrer realen Umsetzung besteht.

Die deutsche Autoindustrie dominiert die Branche vor allem im Hochpreissegment. Teurere Autos haben in der Regel höhere CO₂-Emissionen. Dementsprechend hat sich die Bundesregierung auf der Ebene der Europäischen Union erfolgreich dafür stark gemacht, daß die CO₂-Grenzwerte an der gesamten Fahrzeugflotte eines Herstellers bemessen werden. Das hat zur Konsequenz, daß mit einem einzigen Elektroauto (das als CO₂-neutral gilt, obwohl es einen gewaltigen ökologischen Rucksack trägt, noch bevor es auch nur einen Meter gefahren ist) bis zu sieben SUVs, jene besonders spritfressenden Allradfahrzeuge, kompensiert werden können. Die Emissionen der Gesamtflotte (bestehend aus Elektroautos und Verbrennern wie den SUVs) bleiben somit unterhalb der EU-Abgasgrenzwerte - ein Rechenkunststück zur Sicherung von Wachstum und Profit, von dem sich das Klima gewiß nicht beeindrucken läßt.

Zu den Stärken des Buchs zählt sicherlich, daß dessen Autor, der auch Chefredakteur von "Luna-

park21 - Zeitschrift zur Kritik der globalen Ökonomie" ist, den Blick nicht auf Elektroautos einengt, sondern die Autobranche insgesamt ins Visier nimmt und dabei einen weiten Bogen zur Verkehrspolitik spannt. Denn Wirtschaft und Politik gehen Hand in Hand. So behandelt das Buch Themen wie Dieselskandal (jährlich 12.860 vorzeitige Todesfälle und mehr als 800.000 Neuerkrankungen aufgrund der verschwiegenen Stickoxidemissionen aus Dieselaautos!), Förderung des Kohle- und Atomstroms für die Elektromobilität (insbesondere in China und Frankreich) und der ökologisch problematische Rohstoffabbau für die Lithiumbatterien in Bolivien, Chile und Argentinien. Auch dem Entrepreneur und CEO beim Elektroautohersteller Tesla, Elon Musk, widmet der Autor einen eigenen Abschnitt.

Der passionierte Bahnfahrer Winfried Wolf läßt es sich nicht nehmen, Alternativen zum motorisierten Individualverkehr aufzuzeigen: Ausbau des Schienennetzes und kürzere Taktraten bei den Zugverbindungen, Wiedereinführung des Nachtzugverkehrs als Alternative zu Inlandsflügen, Verbilligung der Bahnpreise und kostenloser öffentlicher Nahverkehr zählen zu den zwölf Kernforderungen, mit denen der Autor die notwendige Verkehrswende umreißt. Das Buch bietet einen Fundus an Informationen und Denkanstößen rund um den gegenwärtigen Elektromobilitätshype und ist sowohl für neueinsteigende als auch bereits mit Verkehrspolitik befaßte Personen ein Lesegewinn.

<http://www.schattenblick.de/infopool/buch/sachbuch/busar719.html>



Schattenblick

Informativ, sozial- und umweltkritisch, engagiert

Seit 2013 auch als Wochendruckausgabe

mit Berichten, Reportagen, Kommentaren und Interviews der **Schattenblick-Redaktion**, der **internationalen Nachrichtenagentur Pressenza** und des **Pressedienstes poonal** mit kritischen Analysen und Hintergründen aus aller Welt.

Einzelpreis: € 8,50 inkl. Versandkosten.

Abonnementpreis für vier aufeinander folgende Ausgaben:
€ 28,- inkl. Versandkosten

Für eine Bestellung ist der Preis auf das unten angegebene Konto zu überweisen. Bei Fortsetzungswunsch des Abonnements ist dieser sieben Tage vor Ablauf der ersten Abo-Bestellung mit jeweils € 28,- fortgesetzter Überweisung für die entsprechenden nächsten Ausgaben zu bestätigen. Bleibt eine Bestätigung während dieses Zeitraums aus, gilt das Abonnement als fristgemäß gekündigt. Bei einer Einzelbestellung muß die Einzahlung ebenfalls sieben Tage vor Erhalt getätigt worden sein.

Bestellung unter:

MA-Verlag, Commerzbank Heide
IBAN: DE54 2184 0078 0432 8720 00
BIC: COBADEFFXXX

MA-Verlag

Redaktion Schattenblick

Dorfstraße 41, 25795 Stelle-Wittenwurth

Telefon: 04837 / 90 26 98

E-Mail: redaktion@schattenblick.de

Internet: www.schattenblick.de

Schattenblick Wochendruckausgabe

- fassen, lesen und begreifen -

- 1 POLITIK - SOZIALES:
Rita Segato - "Machtausübung durch Gewalt ist Zeichen von Schwäche" (poonal)
- 6 SCHACH-SPHINX: Wirkende auf dem Brett
- 7 POLITIK - SOZIALES:
Kolumbien - Feministin & LGBTI-Aktivistin Claudia López wird Bogotá's erste Bürgermeisterin (poonal)
- 9 POLITIK - MEINUNGEN: Chile - Offener Brief von Baltasar Garzón an Präsident Piñera (poonal)
- 12 POLITIK - REDAKTION: Koreakonflikt - Willkür und Beliebigkeit ...
- 13 REPRESSION - FAKTEN: Landesweiter Ausnahmezustand in Chile - 13 Frauen* vermisst (poonal)
- 14 REPRESSION - FAKTEN:
Chile - Journalist*innen berichten über sexuelle Gewalt im Polizeigewahrsam (poonal)
- 15 UMWELT - REDAKTION: Land unter - Flucht desaster ...
- 17 BUCH - SACHBUCH: Winfried Wolf - Mit dem Elektroauto in die Sackgasse
- 20 DIENSTE - WETTER: Und morgen, den 05. November 2019

DIENSTE / WETTER / AUSSICHTEN

Und morgen, den 5. November 2019

Vorhersage für den 05.11.2019 bis zum 06.11.2019



© 2019 by Schattenblick

Wolkenverhangen,
verregnet und naß,
Jeans Freunde bangen
um Spiel und um Spaß.

IMPRESSUM

Elektronische Zeitung Schattenblick

Diensteanbieter: MA-Verlag Helmut Barthel, e.K.

Verantwortlicher Ansprechpartner: Helmut Barthel, Dorfstraße 41, 25795 Stelle-Wittenwuth

Elektronische Postadresse: ma-verlag@gmx.de

Telefonnummer: 04837/90 26 98

Registergericht: Amtsgericht Pinneberg / HRA 1221 ME

Journalistisch-redaktionelle Verantwortung (V.i.S.d.P.): Helmut Barthel, Dorfstraße 41, 25795 Stelle-Wittenwuth

Inhaltlich Verantwortlicher gemäß § 10 Absatz 3 MDStV: Helmut Barthel, Dorfstraße 41, 25795 Stelle-Wittenwuth

ISSN 2190-6963

Urheberschutz und Nutzung: Der Urheber räumt Ihnen ganz konkret das Nutzungsrecht ein, sich eine private Kopie für persönliche Zwecke anzufertigen. Nicht berechtigt sind Sie dagegen, die Materialien zu verändern und / oder weiter zu geben oder gar selbst zu veröffentlichen. Nachdruck und Wiedergabe, auch auszugsweise, nur mit ausdrücklicher Genehmigung des Verlages. Wenn nicht ausdrücklich anders vermerkt, liegen die Urheberrechte für Bild und Text bei: Helmut Barthel

Haftung: Die Inhalte dieses Newsletters wurden sorgfältig geprüft und nach bestem Wissen erstellt. Bei der Wiedergabe und Verarbeitung der publizierten Informationen können jedoch Fehler nie mit hundertprozentiger Sicherheit ausgeschlossen werden.